

Städtischer Liberalismus im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914.

Strukturen gesellschaftlicher und politischer Selbstorganisation

War die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts durch eine „Vereinsleidenschaft“ (Thomas Nipperdey) der Deutschen gekennzeichnet, kann für die Zeit um 1900 von einem regelrechten Vereinsboom gesprochen werden, der durch eine immense, in Relation zur Bevölkerungsentwicklung deutlich überproportionale Steigerung der Zahl von Vereinsgründungen gekennzeichnet war.¹ Bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges blieb die Zahl der Neugründungen konstant hoch. Jeder nur denkbare Zweck wurde in Vereinen und Verbänden organisiert. Alle sozialen Gruppen waren an dieser Entwicklung beteiligt. Zahlreicher wurden nun die Stimmen, die die „Vereinsmeierei“ kritisch kommentierten oder feststellten – um einen vielzitierten Ausspruch von Max Weber zu bemühen –, der Mensch sei „ein Vereinsmensch in einem fürchterlichen, nie geahnten Maße“² geworden. Die mit dieser Hause der Selbstorganisation einhergehende soziale, ökonomische und politische Ausdifferenzierung hatte die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft grundlegend verändert und stellte für das städtische Bürgertum und den kommunalen Liberalismus eine gewaltige Herausforderung dar.

Im vorliegenden Beitrag wird die These entwickelt, dass der städtische Liberalismus auch im ausgehenden „langen“ 19. Jahrhundert erhebliche Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch die Bildung von Netzwer-

1 Zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer noch klassisch Thomas Nipperdey: Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Modernisierung I. In: ders. (Hrsg.): Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte. Göttingen 1976, S. 174-205; zum Vereinswesen der Kaiserreichszeit siehe nur Stefan-Ludwig Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914. Göttingen 2003, S. 74-97 und Klaus Natafus: Organisierte Geselligkeit. Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 2009, S. 105-143.

2 Max Weber: Geschäftsbericht. In: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.-22. Oktober 1910 in Frankfurt a.M. Reden und Vorträge. Tübingen 1911, S. 39-62, hier S. 53. Weber selbst lieferte damit das erste soziologische „Programm“ zur Erforschung des Vereinswesens. Siehe auch Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie (wie Anm. 1), S. 85 f.

ken im Vereinswesen geltend machen konnte. Diese boten nicht nur die Möglichkeit, Kommunikationszusammenhänge in der sich immer weiter ausdehnenden Großstadt herzustellen, sondern darüber auch den sozialintegrativen Zusammenhang der eigenen Klientel stärken zu können. Mit der Charakterisierung der liberalen Politikorganisation in der Stadt als bürgerliches Netzwerk wird das Plädoyer verbunden, die Geschichte des kommunalen Liberalismus in der Kaiserreichszeit differenzierter zu betrachten, als dies bisher in der Forschung zumeist geschehen ist.

Die Entwicklung des Bürgertums und des Liberalismus bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird gemeinhin – auch von zeitgenössischen Betrachtern selbst – mit dem Verweis auf eine komplexe Krisensymptomatik als Niedergang oder, etwas weniger dramatisch formuliert, als Phase ihrer nachlassenden gesellschaftlichen Prägekraft interpretiert.³ Mit Blick auf das Bürgertum wird zunächst oftmals hervorgehoben, dass diese in ihrem Zusammenhalt stets fragile soziale Formation, bedingt durch den sozioökonomischen Strukturwandel, in ihren kulturellen und politischen Orientierungsmustern immer mehr an Kohärenz verlor.⁴ Der „bürgerliche Wertehimmel“ (Manfred Hettling) offerierte mit seinem Angebot an normativen Verhaltens- und Handlungsoptionen nicht mehr genug Strahlkraft. Er war nie als striktes, enges Korsett zu verstehen, sondern vielmehr als Orientierungsmodell, welches eine Vielfalt verschiedener Ausprägungen in der Persönlichkeit des einzelnen Bürgers ermöglichte, das nun jedoch an die Grenzen seiner Integrationskraft zu gelangen schien.⁵ Das frühbürgerliche soziopolitische Zukunftsmodell der Gesellschaft als „klassenlose Bürgergesellschaft ‚mittlerer‘ Existenz“⁶ (Lothar Gall) ging mit der Massen- und Klassengesellschaft unwiederbringlich verloren. Gerade die Ausdifferenzierung des Vereinswesens wurde in dieser Perspektive als ein Zeichen des Zerfalls der bürgerlichen Gesellschaft gedeutet.⁷ Durch den Ausbruch und den Verlauf des Ersten Weltkrieges wurde schließlich die kulturelle Deutungshoheit des Bürgertums be-

- 3 Viel zitiert wurde in diesem Zusammenhang Hans Mommsen: Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987, S. 288-315.
- 4 Vgl. Werner Plumpe: Einleitende Überlegungen. Strukturwandel oder Zerfall. Das Wirtschaftsbürgertum 1870 bis 1930. In: ders./Jörg Lesczenski (Hrsg.): Bürgertum und Bürgerlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Mainz 2009, S. 8-13, hier S. 10 ff.
- 5 Vgl. zu diesem Modell Manfred Hettling: Bürgerliche Kultur – Bürgerlichkeit als kulturelles System. In: Peter Lundgreen (Hrsg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986-1997). Göttingen 2000, S. 319-339.
- 6 Lothar Gall: Liberalismus und bürgerliche Gesellschaft. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: ders. (Hrsg.): Liberalismus. Köln 1976, S. 162-186, hier S. 176.
- 7 Vgl. Andreas Schulz: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert. München 2005, S. 13.

endet und sein gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsanspruch grundsätzlich in Frage gestellt.⁸

Auch wenn Bürgertum und Liberalismus keineswegs deckungsgleich waren, kann doch für die Kaiserrechtszeit mit Manfred Hettling davon ausgegangen werden, dass zwar nicht alle Bürgerlichen Liberale waren, aber der städtische Liberalismus sich doch in einem sehr hohen Maße aus dem Kreise des Bürgertums rekrutierte.⁹ Krisensymptome des Bürgertums konnten daher nicht ohne Folgen für die Interpretation des städtischen Liberalismus um die Wende zum 20. Jahrhundert sein. Im Vordergrund steht dabei die Auffassung, dass die liberale Politikorganisation angesichts der Fundamentalpolitisierung in mehrfacher Hinsicht nicht mehr zeitgemäß gewesen sei. Mehrere miteinander zusammenhängende Argumente werden in diesem Zusammenhang angeführt: Erstens sei der bis zum Ende der Kaiserreichszeit nicht vollzogene Aufbau einer modernen Parteiorganisation, vor allem im Vergleich zur Sozialdemokratie, ein erhebliches Defizit bei der Wählermobilisierung gewesen.¹⁰ Zweitens seien die Liberalen im Gegensatz zu Sozialdemokraten, Katholiken und auch Konservativen weniger stark in ein, nicht zuletzt durch Vereine und Verbände strukturiertes, sozialmoralisches Milieu eingebunden gewesen, welches die eigene Klientel zusammenführte.¹¹ Waren die zahlreichen Gründungen schlagkräftiger Interessenverbände durch andere gesellschaftliche und politische Gruppierungen gerade eine Folge der Interessenpolitik und zunehmender staatlicher Regulierung, seien drittens bürgerliche Gestaltungsspielräume auch durch den Aufbau und die Professionalisierung der kommunalen Leistungsverwaltung eingeschränkt worden.¹² Dass Liberale am Ende der Kaiserreichszeit überhaupt noch Gestaltungsspielräume in

8 So Herfried Münkler: Der Erste Weltkrieg und das Ende der bürgerlichen Welt. Halle 2014, S. 7.

9 Vgl. Manfred Hettling: Bürgertum und Liberalismus im deutschen Kaiserreich. In: liberal 33 (1991), S. 62-69, hier S. 64.

10 Vgl. Theodor Schieder: Die Krise des bürgerlichen Liberalismus. Ein Beitrag zum Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung. In: Lothar Gall (Hrsg.): Liberalismus. 3. Aufl. Königstein 1985, S. 187-207, hier S. 199 ff.; Thomas Nipperdey: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Die deutschen Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 100-119, hier S. 112-119 und ders.: Die Organisation der bürgerlichen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961, S. 42 ff.

11 Vgl. Franz Walter/Peter Lösche: Katholiken, Konservative und Liberale. Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 471-492, hier S. 479 f.

12 Vgl. Mark Jakob: Bürgertum und Bürgerlichkeit im Wandel. Kontinuitäten und Brüche zwischen Jahrhundertwende und Weltwirtschaftskrise. In: Uta Hassler/Norbert Nußbaum/Werner Plumpe (Hrsg.): August Thyssen und Schloss Landsberg. Ein Unternehmer und sein Haus. Darmstadt 2013, S. 17-51, hier S. 34 ff.; Michael Schäfer: Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig 1890 bis 1930. Göttingen 2003, S. 80 f. Vgl. für eine differenzierte Darstellung der Forschungsergebnisse Ders.: Geschichte des Bürgertums. Eine Einführung. Köln 2009, S. 140 ff.

den Städten hatten, wird vor allem mit dem Verweis auf das restriktive Kommunalwahlrecht begründet, das den Liberalen ihre Stellung in den Stadtverordnetenversammlungen sicherte.¹³

Es ist bereits angedeutet worden, dass die Ausdehnung und Ausdifferenzierung des Vereinswesens vornehmlich als Symptom dieser krisenhaften Entwicklung interpretiert wurde. Im Folgenden wird demgegenüber argumentiert, dass das Vereinswesen trotz seiner zentrifugalen Tendenzen vorrangiges und geeignetes Organisationsmodell des kommunalen Liberalismus im Kaiserreich blieb und Potentiale offerierte, die gegenüber dem skizzierten Topos der krisenhaften Entwicklung des städtischen Liberalismus im Kaiserreich auf ein differenzierteres Bild verweisen.¹⁴ Dieses Modell ist am ehesten als liberal-bürgerliches Netzwerk zu beschreiben, welches in den Städten als maßgebliches Handlungsfeld des Liberalismus etabliert wurde.

Im vorliegenden Beitrag werden vor allem die Strukturen dieser bürgerlich-liberalen Selbstorganisation in der Kaiserreichszeit untersucht. Für das Beispiel der Stadt Halle an der Saale sind alle Vereine einer deutschen Großstadt mit den in ihnen aktiven Vorständen ausgewertet worden. Im ersten Abschnitt werden die grundlegenden Strukturen der Vereinsentwicklung dargelegt, um im zweiten Abschnitt hervorzuheben, dass Angehörige des Bürgertums auch im Kaiserreich die dominanten Positionen im Vereinswesen einnahmen. Daran schließt sich eine Analyse der Tätigkeitsfelder liberaler Vereinsvorstände an. Im letzten Abschnitt werden Kontaktmöglichkeiten zwischen Liberalen und Konservativen aufgezeigt.

I. Vereinswesen als soziale Struktur – Boom und Ausdifferenzierung von Selbstorganisation in der Kaiserreichszeit

Trotz der Vielzahl an Vereinsgründungen in der ersten Jahrhunderthälfte und der Mitte des 19. Jahrhunderts ist es erst im Kaiserreich zu einer Explosion

13 Vgl. Dieter Langewiesche: Deutscher Liberalismus im europäischen Vergleich. Konzeptionen und Ergebnisse. In: ders. (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Göttingen 1988, S. 11-19, hier S. 17.

14 Entgegen der geschilderten starken Betonung des Niedergangs in der Forschung finden sich auch ausgewogenere Bewertungen. Siehe nur Klaus Tenfelde: Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert. In: ders./Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Wege zur Geschichte des Bürgertums. Göttingen 1994, S. 317-353, der die These eines Formwandels von Bürgertum und Bürgerlichkeit in die Diskussion eingebracht hat; Jakob: Bürgertum und Bürgerlichkeit (wie Anm. 12), S. 50 f.; zur Entwicklung des Liberalismus Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt 1988, S. 133 ff.

der Vereinszahlen gekommen.¹⁵ Die Strukturen des Vereinswesens in den Städten sind in ihrer ganzen Komplexität in der bisherigen Forschung jedoch erstaunlich unterbelichtet geblieben.¹⁶ Dass in den Städten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine zunehmend unübersichtliche Organisationslandschaft entstand, ist in den städtischen Adressbüchern dokumentiert: 1913 existierten demnach in Darmstadt 739, in Freiburg/Breisgau 404, in Hamburg 1.918, in Heidelberg 353, in Koblenz 323 und in Stettin 600 Vereinigungen, für München schätzt Tenfelde eine Zunahme von etwa 150 Vereinen während der Jahrhundertmitte auf etwa 3.000 Vereine im Jahr 1900.¹⁷ Dabei ist davon auszugehen, dass in den größten Städten, wie etwa Hamburg, vorübergehende oder unbedeutende Vereinigungen nicht einmal berücksichtigt wurden.

Für die Stadt Halle an der Saale wurde auf Basis der Adressbücher ein umfangreiches Datensample erstellt, das ausschließlich die so genannten Idealvereine, d.h. Vereine ohne wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb als Haupt-

15 Für die Entwicklung des Vereinswesens vor der Reichsgründung siehe Nipperdey: Verein als soziale Struktur (wie Anm. 1); Klaus Tenfelde: Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850-1873). In: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München 1984, S. 55-114; zu politischen und liberalen Vereinen Otto Dann: Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland (1976/2002). In: Helmut Reinalter (Hrsg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815-1848/49. Frankfurt 2005, S. 11-47; Dieter Langewiesche: Frühliberalismus und Bürgertum 1815-1849. In: Lothar Gall (Hrsg.): Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert. München 1997, S. 63-129; ders.: Die schwäbische Sängerbewegung in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts – ein Beitrag zur kulturellen Nationsbildung. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 52 (1993), S. 257-301; Dieter Düding: Die deutsche Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts als Vereinsbewegung. Anmerkungen zur Struktur und Phänomenologie zwischen Befreiungskriegszeitalter und Reichsgründung. In: Geschichte im Wissenschaft und Unterricht 42 (1991), S. 601-624; Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 14) und Uwe Wilhelm: Der deutsche Frühliberalismus: von den Anfängen bis 1789, Frankfurt a.M. u. a. 1995.

16 Die Stadtstudien des Frankfurter Bürgertumsprojekts, die das Vereinswesen explizit in ihr Forschungsprogramm aufgenommen hatten, beschränkten sich im Wesentlichen auf die Zeit bis zur Reichsgründung. Siehe nur Gisela Mettele: Bürgertum in Köln 1775-1870. Gemeinsinn und freie Association. München 1998 u. Karin Schambach: Stadtbürgertum und industrieller Umbruch. Dortmund 1780-1870. München 1996. Studien, die das gesamte städtische Vereinswesen in der Kaiserreichszeit in den Blick nehmen, sind rar geblieben und oftmals unsystematisch resp. unreflektiert, vgl. z. B. Elke Klitzschmüller: Die Magdeburger Gesellschaft zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs von 1871 bis 1918 auf der Grundlage der bürgerlichen Vereine. Magdeburg 2008.

17 Vgl. Tenfelde: Entfaltung des Vereinswesens (wie Anm. 15), S. 58.

zweck, erfasst.¹⁸ In dieser Datenbank sind alle Vereine der Stadt mit den in ihnen tätigen Vereinsvorständen unter Angabe ihrer Berufszugehörigkeit, ihrer politischen Ämter sowie ihrer Parteizugehörigkeit verzeichnet. Entstanden ist eine Datenbank mit mehr als 10.000 Personen, die Vereine wurden entsprechend ihrer Zwecksetzung typisiert. Auf Basis dieser Daten wird im Folgenden die soziale Struktur des Vereinswesens für drei Stichjahre – 1874, 1895 und 1913 – untersucht.

Auch für Halle lässt sich der Vereinsboom der Kaiserzeit anschaulich belegen: Die Zahl der Vereine stieg von 75 im Jahr 1874 auf 300 im Jahr 1895 und schließlich auf 847 im Jahr 1913. Hatte sich die Vereinszahl dementsprechend mehr als verelffacht, nahm die Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum „nur“ um etwa das Dreifache zu. Der Boom des Vereinswesens ist somit nicht lediglich auf die Vergrößerung der städtischen Bevölkerung zurückzuführen: Pro tausend Einwohner gab es 1874 1,3 Vereine, 1895 2,6 und 1913 4,4 Vereine. Diese Zunahme der Vereinszahlen verteilte sich nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Typen von Vereinen. Zwar stieg auch die Zahl der Vereine, die wie etwa die wohltätigen, religiösen und Gesangvereine in den traditionellen Segmenten des Vereinswesens angesiedelt waren, doch der Boom wurde in sehr hohem Maße vor allem durch die außerordentliche Steigerung der Zahl von wirtschaftlichen, Freizeit- bzw. Sportvereinen getragen.

Mit wirtschaftlichen Vereinen sind Vereinigungen zur Interessenvertretung spezifischer Berufsgruppen und -stände gemeint. Diese sozioökonomischen Interessen wurden nun verstärkt in einem neuen Typus von Vereinigung organisiert, dem Verband, der nicht nur durch eine stärkere überregionale, in der Regel nationale Ausrichtung mit lokalen Filialen vor Ort charakterisiert war, sondern zugleich durch eine stärkere Bürokratisierung und Hierarchisierung von Entscheidungen.¹⁹ Nicht selten brachten die (Interessen-)Verbände ihren Mitgliedern auch ganz konkrete materielle Vorteile, etwa in Form von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Dies ist beispiele-

18 Für die in diesem Beitrag ausgewerteten Stichjahre vgl. Adress-Buch und Wohnungs-Anzeiger für die Gesamtstadt Halle a.d. Saale und Giebichenstein nebst statistischen und topographischen Notizen aus dem Saalkreise für das Jahr 1874, hrsg. von Hermann Pöhnitzsch, Vierter Nachweis, S. 96-107; Adress-Buch für die Stadt Halle a.d. Saale mit Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz auf das Jahr 1895, bearb. von Paul Trautmann, Sechster Nachweis, S. 500-516 und Adressbuch für Halle a.S. und Umgebung 1913. Unter Benutzung amtlicher Quellen, hrsg. von der Deutschen Adressbuch-Gesellschaft, Teil IV, S. 63-106.

19 Diese Entwicklung wurde bereits von zeitgenössischen Beobachtern kritisiert. Siehe Alexander Leist: Vereinherrschaft und Vereinsfreiheit im künftigen Reichsrecht. Jena 1899; ders.: Die Strafgewalt moderner Vereine. Gießen 1901. Stärker mit Blick auf politische Parteien Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Leipzig 1911, S. 26.

weise typisch für die großen Interessenverbände der Angestellten, etwa den „Verband Deutscher Bureaubeamten“ oder den „Verband Deutscher Handlungsgehülfen“. Ganz deutlich ist zu erkennen, dass wirtschaftliche Vereine und Verbände seit den 1890er Jahren einen erheblichen Teil des Vereinsspektrums ausmachten. Ihre Zahl stieg von 14 im Jahr 1874 (18,7 % aller Vereine) auf 75 im Jahr 1895 (25 %) und auf 326 im Jahr 1913 (28,7 %). Begründet war diese Entwicklung durch die wachsende Interessendifferenzierung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deren Tendenz einer organisatorischen Spezialisierung durch die Nationalstaatsgründung, die wirtschaftliche Transformation, soziale Probleme und eine zunehmende staatliche Regulierung begünstigt wurde.²⁰ Durch die Konzentration auf die Vertretung wirtschaftlicher Interessen, die Schaffung fester Organisationsstrukturen sowie die zielgerichtete Beeinflussung politischer Entscheidungen wuchsen die Interessenverbände aus dem bürgerlichen Vereinswesen heraus.²¹

Ähnlich verlief die Entwicklung der geselligen, Freizeit- und Sportvereine, deren Zahl von zwölf Vereinen 1874 (16 % aller Vereine) auf 48 Vereine 1895 (16 %) und auf 271 Vereine 1913 (23,9 %) stieg. Die zunehmende Nachfrage nach Geselligkeit ist zurückzuführen auf die hohe soziale Mobilität, auf eine Arbeitsmigration, die den Wunsch, neue soziale Beziehungen zu knüpfen, stärkte, und auf die Möglichkeit, durch eine Steigerung der Löhne und des Entstehens von Freizeit aufgrund der Verkürzung von Arbeitszeiten diese Bedürfnisse zu befriedigen.²² Hinzu kamen die funktionale Ausdifferenzierung von Vereinzwecken – Geselligkeit und Freizeitgestaltung wurden zu einem eigenen Vereinzweck, der immer weniger von anderen Motiven umlagert war sowie die Entwicklung einer „Populärkultur“, die durch Importe von Freizeitaktivitäten und Sportarten aus Westeuropa noch befördert wurde.²³

Wirtschaftliche und Freizeit- bzw. Sportvereine stellten somit 1913 über die Hälfte aller städtischen Vereine. Vor diesem Hintergrund sind die zeitgenössischen Stimmen einzuordnen, die die zentrifugalen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung kritisierten oder mit Sorge betrachteten, denn die genannten Vereinstypen organisierten vorrangig „partikulare“ Interessen. Ihre Zwecksetzungen waren auf ein jeweils spezifisches Eigeninteresse gerichtet: die soziale und ökonomische Förderung der eigenen Klientel im einen, die Befriedigung von Bedürfnissen der Freizeitgestaltung im anderen

20 Vgl. Hans-Peter Ullmann: Interessenverbände in Deutschland. Frankfurt 1988, S. 61 ff.

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. Robert F. Wheeler: Organisierter Sport und organisierte Arbeit. Die Arbeitersportbewegung. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Arbeiterkultur. Königstein 1979, S. 58-73, hier S. 59.

23 Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit (wie Anm. 1), S. 117-124. Zum Import von Freizeitaktivitäten siehe nur Christiane Eisenberg: „English Sports“ und Deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800-1939. Paderborn 1999, S. 145-214.

Fall. War zudem im Fall der wirtschaftlichen Vereine auch die Vereinsmitgliedschaft dahingehend partikular, dass sich eine spezifische eng definierte Gruppe (in der Regel Angehörige des gleichen Berufsstandes) im Verein bzw. Verband zusammenfand, ist die integrative bzw. desintegrative Wirkung von Freizeit- und Sportvereinen in der Forschung umstritten geblieben.²⁴

II. Das städtische Bürgertum als Organisator der Vereinslandschaft

Was bedeuteten die geschilderte Ausdifferenzierung des Vereinswesens und seine soziale Öffnung für die Rolle des städtischen Bürgertums als maßgebliche gestaltende und koordinierende Kraft in den Netzwerken der Vereine, die es im 19. Jahrhundert lange eingenommen hatte? Die Entwicklung des bürgerlich-liberalen Vereinsmodells kann als Erfolgsgeschichte interpretiert werden, die letztlich gerade durch die Ausweitung des Vereinsprinzips auf alle gesellschaftlichen Gruppen den Zusammenhalt der bürgerlichen Gesellschaft strapazierte. Nach Reinhart Koselleck lässt sich die Geschichte des Liberalismus „als eine Geschichte des Verzehrs beschreiben. Es ist der Preis, ohne den seine Erfolge nicht zu haben waren.“²⁵ Die zeitgenössischen Krisenwahrnehmungen bezogen sich vor allem auf den Mangel an politisch-moralischer Qualität, der sich in der Zersplitterung der Ansprüche auf Gemeinsinn, Tugend und Geselligkeit zeigte – eine Entwicklung, die, wie Stefan-Ludwig Hoffmann konstatiert, jedoch gerade aus der sozialen Demokratisierung resultierte.²⁶

Doch kann sich die Frage nach einer sozialen Demokratisierung nicht nur auf die unbestreitbare soziale Öffnung der Vereinsmitgliedschaften beschränken, sondern muss auch den aktivsten Kern der Mitglieder, die Vereinsvorstände, mit einbeziehen. Diese zeichneten sich durch die Übernahme von Ämtern und Verantwortung sowie eine zeitliche und materielle Unabhängigkeit aus, die ihnen diese Tätigkeiten überhaupt ermöglichten. Zudem lässt ihre Zusammensetzung, die durch die Wahl der Vereinsmitglieder zustande gekommen ist, Muster sozialer Schätzung erkennen. Um die Frage nach so-

24 Betont Nathaus vor allem den schichtenübergreifenden Charakter der Vereine, wurde in der Arbeiterkulturforschung eher die Ausprägung separierter Vereinsmilieus der Arbeiter herausgestellt. Vgl. Nathaus: Organisierte Geselligkeit (wie Anm. 1), S. 125 ff., 141 und Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914. Bonn 1992, S. 818-835.

25 Reinhart Koselleck: Liberales Geschichtsdenken. In: Willy Lindner/Hanno Helbling/Hugo Bütler (Hrsg.): Liberalismus – nach wie vor. Grundgedanken und Zukunftsfragen. Aus Anlass des zweihundertjährigen Bestehens der Neuen Zürcher Zeitung. Zürich 1979, S. 29-51, hier S. 37.

26 Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie (wie Anm. 1), S. 86.

zialer Demokratisierung adäquat beantworten zu können, muss daher auch berücksichtigt werden, ob über die einfache Vereinsmitgliedschaft und der damit einhergehenden Partizipation an der Vorstandswahl hinausgehend auch Angehörige aller sozialen Gruppen die Chance hatten, selbst als Vorstand gewählt zu werden und leitend die Vereinsarbeit zu organisieren.

Tab. 1: Sozialstruktur der Vereinsvorstände 1874-1913

	1874		1895		1913	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Bildungsbürgertum	92	22,1	175	13,5	420	13,7
Wirtschaftsbürgertum	99	23,8	326	25,1	652	21,3
Beamte	38	9,1	69	5,3	209	6,8
Alter Mittelstand	80	19,2	249	19,2	396	12,9
Neuer Mittelstand	60	14,4	289	22,3	779	25,4
Sonstiger Mittelstand	29	6,8	122	9,4	280	9,1
Arbeiter	5	1,2	15	1,2	107	3,5
Nichtselbständige Dienstleistungen			25	1,9	52	1,7
Untere Beamte und Angestellte	13	3,1	22	1,7	161	5,3
Sonstige			5	0,4	8	0,26
Gesamt	416		1297		3064	

Betrachtet man zunächst die Gruppen des höheren Bürgertums – die Wirtschafts- und Bildungsbürger sowie die höheren Beamten –, wird angesichts der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Vereinsvorstände ersichtlich, dass diese auch im Kaiserreich eine dominierende Position im Vereinswesen innehatten (vgl. Tab. 1).²⁷ Zwar hatte sich der Anteil der drei genannten bürgerlichen Teilgruppen von 55 % (1874) auf 43,9 % (1895) und schließlich auf 41,8 % (1913) verringert, doch in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung blieben sie deutlich überrepräsentiert. Während der Alte Mittelstand zunehmend an Einfluss in den Vereinen verlor, waren es insbesondere Angehörige des sogenannten Neuen Mittelstandes, die am Ende der Kaiserreichszeit, ebenfalls deutlich überrepräsentiert, die meisten Vorstands-

27 Die sozialstrukturelle Klassifizierung wurde nach einem von Manfred Hettling entwickelten Schema vorgenommen. Vgl. Manfred Hettling: Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz von 1860 bis 1918. Göttingen 1999, S. 353 ff.

posten besetzten. Dagegen blieben Angehörige der Unterschicht – etwa Arbeiter, untere Beamte und Angestellte – in hohem Maße unterrepräsentiert. Die Befunde für die Besetzung der wichtigsten Vorstandsposten, des Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden, sind mit Blick auf alle genannten Gruppen sehr ähnlich. Hier ist die Dominanz des höheren Bürgertums 1874 und 1895 noch ausgeprägter: 62 bzw. 51,8 % aller Vorsitzendenposten wurden von Angehörigen des höheren Bürgertums bekleidet. Dieser Wert verringerte sich bis 1913 jedoch deutlich auf 40 %.

Kommunikationsmöglichkeiten und Informationsgewinn hängen ebenso wie Gestaltungschancen und Reputation der Vorstände davon ab, ob sie in mehr als nur einem Verein eine leitende Position innehatten. Auch hier wird deutlich, dass das höhere Bürgertum jeweils weit mehr als die Hälfte aller Personen stellte, die mehrere Vorstandsposten bekleideten: 1874 übten 47 Angehörige des höheren Bürgertums (in Relation zu allen Vorständen mit mehrfacher Vorstandsmitgliedschaft entspricht dies einem prozentualen Wert von 69 %), 1895 131 (60,1 %) und 1913 264 (52,1 %) eine Tätigkeit in mehreren Vereinsvorständen aus. 1913 entstammten 71,4 % der Vorstände, die sogar drei oder mehr Vorstandsposten in verschiedenen Vereinen bekleideten, dem höheren Bürgertum (115 von 161 Personen). Eine gesellschaftliche Integrationsleistung im Sinne der Vermittlung verschiedener sozialer und funktionaler Segmente des Vereinswesens ist besonders von Menschen zu erwarten, die sich durch eine mehrfache Vorstandsmitgliedschaft in verschiedenen Vereinstypen auszeichneten, also beispielsweise in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Vereinen als Vorstand tätig waren. Auch in dieser Hinsicht ist der quantitative Befund eindeutig: 1913 waren 194 der 336 Vorstände, die diese „Vermittlerrolle“ einnahmen (57,7 %), Angehörige des höheren Bürgertums. Insbesondere Vorstände aus der Gruppe des Neuen Mittelstandes konnten mit Blick auf die genannten Muster der Mehrfachmitgliedschaft zum höheren Bürgertum aufschließen, während dies dem Alten Mittelstand weit weniger und Angehörigen der Unterschichten kaum gelang.

Das Bildungsbürgertum engagierte sich 1874, 1895 und 1913 am stärksten in sozialen und religiösen Vereinen – 1913 waren mit 46,6 % fast die Hälfte aller bildungsbürgerlichen Vorstände in einem dieser beiden Vereinstypen aktiv.²⁸ Insbesondere wirtschaftliche Zwecksetzungen sowie Freizeit- und gesellige Aktivitäten wurden vom Wirtschaftsbürgertum getragen, da-

28 Insbesondere Geistliche betätigten sich als protestantische „Milieumanager“. Vgl. Oliver Janz: Zwischen Bürgerlichkeit und kirchlichem Milieu. Zum Selbstverständnis und sozialen Verhalten der evangelischen Pfarrer in Preußen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus, Mentalitäten, Krisen. Gütersloh 1996, S. 382–406; siehe grundlegend Jochen-Christoph Kaiser: Die Formierung des protestantischen Milieus. Konfessionelle Vergesellschaftung im 19. Jahrhundert. In: ebd., S. 257–289.

rüber hinaus wiesen Wirtschaftsbürger gegenüber dem Bildungsbürgertum ein stärkeres Engagement in Krieger- sowie den kommunalpolitischen Vereinen der Stadt auf. Die Wichtigkeit der Organisation sozialer und wohltätiger Zwecke dokumentiert sich aber nicht nur durch die Trägerschaft der Bildungs- und Wirtschaftsbürger. Der Bereich Soziales und Wohltätigkeit hatte als einziger sehr hohe oder doch zumindest erhöhte Werte für alle fünf im Vereinsspektrum dominanten Gruppen – das heißt auch für Beamte sowie den Alten und Neuen Mittelstand –; ein deutliches Indiz dafür, dass diese Vereine eine wichtige gesellschaftliche Vermittlung im Vereinswesen der Kaiserreichszeit leisteten: zum einen, indem in den wohltätigen Vereinen Belange des Gemeinwesens gefördert werden sollten;²⁹ zum anderen deutet sich an, dass eine Vielzahl von Kontakten zwischen den verschiedenen Gruppen des höheren und mittleren Bürgertums gerade in sozialen und wohltätigen Vereinen möglich war.³⁰

Sowohl für den Alten als auch für den Neuen Mittelstand gilt, dass 1874, 1895 und 1913 die mit Abstand höchste Zahl ihrer Vorstände in wirtschaftlichen Vereinen aktiv war. Während der Alte Mittelstand darüber hinaus vor allem in sozialen, kulturellen, Krieger- und Freizeitvereinen seine bevorzugten Tätigkeitsfelder fand, ist demgegenüber für Angehörige des Neuen Mittelstands signifikant, dass sie zwar ähnliche Aktivitätsschwerpunkte bildeten, letztlich bis 1913 aber in allen Vereinstypen – mit hohen Werten auch bei religiösen, kommunalpolitischen und Bildungsvereinen – stark vertreten waren. Auch die höheren Beamten, nach absoluten Zahlen zwar schwächer als Bildungs- und Wirtschaftsbürger, Alter und Neuer Mittelstand vertreten, aber dennoch gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil deutlich überrepräsentiert, engagierten sich bis 1913 in allen Teilen des Vereinswesens, doch wiesen sie dabei eine stärkere Schwerpunktbildung auf, indem ihre Vorstandstätigkeit vor allem auf berufsständische und soziale Vereine sowie 1913 auf Kriegervereine konzentriert war. Für die Kriegervereine gilt, dass sie neben wirtschaftlichen, kulturellen und Freizeitvereinen der einzig Vereinstyp wa-

29 Wohltätigkeit war dabei nicht selten Teil einer religiös-protestantischen Grundhaltung, siehe Jochen-Christoph Kaiser: Protestantismus und Sozialpolitik. Der Ertrag der 1890er Jahre. In: ders./Wilfried Loth (Hrsg.): Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik. Stuttgart 1997, S. 94-113; ders.: Freie Wohlfahrtspflege im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ein Überblick. In: ders.: Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2008, S. 58-86.

30 Bürgerliche Sozialpolitik in den Städten war von dem Gedanken der Sozialdisziplinierung nicht zu trennen. Vgl. George Steinmetz: Regulating the Social. The Welfare State and Local Politics in Imperial Germany. Princeton 1993, S. 149 ff. Gräser argumentiert, dass sich in den Vereinen nicht nur Diskussionen über gemeinbürgerliche Lebensführungsmodelle entwickelten, sondern gerade die Wahrnehmung der anderen, bedürftigen Gruppen den eigenen Zusammenhalt stärkte. Vgl. Marcus Gräser: Wohlfahrtsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat. Bürgerliche Sozialreform und Welfare State Building in den USA und Deutschland 1880-1940. Göttingen 2009, S. 61 ff.

ren, der auch den Unterschichten ein erhöhtes Maß der Beteiligung an den Vereinsvorständen ermöglichte.³¹

Damit ergibt sich ein differenzierteres Bild der Trägerschaft von Selbstorganisation im Kaiserreich. Der Blick auf den aktiven Kern des Vereinswesens zeigt deutlich, dass die führenden Positionen trotz der sozialen Öffnung der einfachen Mitgliedschaft in vielen Vereinen vor allem von den Gruppen des höheren Bürgertums und im Falle des mittleren Bürgertums insbesondere vom Neuen Mittelstand besetzt wurden.

III. Die Vernetzung von Liberalen im Vereinswesen

Angehörige des liberalen Bürgertums bewegten sich im Rahmen dieser bürgerlichen Handlungs- und Kontaktfelder. Galten die Liberalen in den 1860er und 1870er Jahren als innovativ, indem sie das Vereins- und Versammlungsmodell politisch zur Durchführung von Wahlkämpfen nutzten, schienen sie am Ende des ausgehenden 19. Jahrhunderts im Vergleich mit den anderen politischen Parteien organisatorisch rückständig zu sein.³² Grundsätzlich lassen sich mit Blick auf die Liberalen zwei Vernetzungsmodelle unterscheiden: Eine überlokale Vernetzung liberaler Eliten in den 1860er Jahren,³³ aus der später jedoch keine moderne Parteibildung mit Organisationsapparat hervor ging, sowie ein lokales Vernetzungsmodell, das vornehmlich auf den städtischen bürgerlichen Vereinen basierte. Es ist daher überzeugend, wie Manfred Hettling betont, die politische Vereinsbildung der Liberalen als „*basisdemokratisches Vergesellschaftungsmodell*“ zu begreifen, welches das bürgerliche Individuum als gleichberechtigtes Vereinsmitglied erfasst.³⁴ Mehrfachmitgliedschaften und vielfältige Vernetzungen waren das entscheidende Kennzeichen dieses Modells, wie im Folgenden argumentiert wird.

31 Zur sozialen Offenheit der Kriegervereine siehe auch Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914. München 1990, S. 34 ff.

32 Vgl. Manfred Hettling: Partei ohne Parteibeamte. Parteisekretäre im Linksliberalismus von 1900 bis 1933. In: Dieter Dowe/Jürgen Kocka/Heinrich August Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren. München 1999, S. 109-134, hier S. 110.

33 Siehe Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf 1994; ders.: Der Deutsche Nationalverein 1859-1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle. Düsseldorf 1995.

34 Vgl. Hettling: Partei ohne Parteibeamte (wie Anm. 32), S. 110. Siehe auch ders.: Von der Hochburg zur Wagenburg. Liberalismus in Breslau von den 1860er Jahren bis 1918. In: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. München 1995, S. 253-276, hier S. 259-264; Ralf Roth: Liberalismus in Frankfurt am Main 1814-1914. Probleme seiner Strukturgeschichte. In: ebd., S. 41-85, hier S. 64 ff., 77 f.

Die Feststellung, wie viele Liberale auch Vorstände im Vereinswesen waren, wird dadurch erschwert, dass Mitgliederlisten der liberalen Parteien nicht existieren. Als geeignetes Äquivalent können jedoch die liberalen Wahlmänner der Urwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus als mobilsierbarer Teil der Parteianhängerschaft gelten.³⁵ Zudem lassen sich über ihre Tätigkeit als Stadtverordnete oder als prominente Unterstützer von Wahlaufrufen in den Lokalzeitungen weitere Personen als Anhänger der liberalen Parteien klassifizieren.³⁶ Dadurch können der engere Kreis der politisch aktiven Liberalen der Stadt und deren Rolle im städtischen Vereinswesen in den Blick genommen werden.

Betrachtet man alle Wahlmänner – Liberale wie Konservative – wird ersichtlich, dass 1874 (29,6 %), 1895 (25 %) und 1913 (26,4 %) jeweils über ein Viertel aller Wahlmänner zugleich einen (oder mehrere Posten) in einem Verein bekleideten. Es ist zu vermuten, dass der Wert für einfache Vereinsmitgliedschaften noch deutlich höher liegt. Von den 178 Wahlmannern, die zugleich einen Vorstandsposten in einem der städtischen Vereine bekleideten, waren 1913 149 liberal, was angesichts der Dominanz von Linksliberalen wie Nationalliberalen, die hier zusammen als Liberale erfasst wurden und bei der Wahl 1913 auch als „Vereinigte Liberale“ antraten, im bürgerlichen Lager nicht überrascht. Mit Blick auf die Stadtverordneten erhöht sich der Anteil der Vereinsvorstände signifikant. Bis zum Ende der Kaiserreichszeit war die Stadtverordnetenversammlung weitgehend in liberaler Hand geblieben. 1874 waren 64,4 %, 1895 71,2 % und 1913 62,1 % der Stadtverordneten zugleich Vorstand in einem oder mehreren Vereinen. Insbesondere für Liberale mit einem kommunalpolitischen Mandat war eine Verbindung von politischem Ehrenamt und Vereinsengagement in leitender Funktion somit absolut gängig.

Die Tätigkeitsfelder der Wahlmänner, Stadtverordneten und Unterstützer von Wahlaufrufen in den Vereinen weist, wie die Daten in Tabelle 2 für das Jahr 1913 zeigen, markante Schwerpunkte auf. Die meisten Vorstandsposten bekleideten Liberale in wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Vereinen sowie in den sozialen Vereinen der Stadt, welche wiederum oftmals mit religiösen Vereinen verbunden bzw. Teil des protestantischen Milieus der Stadt waren.³⁷ Legt man die viel beachtete, wenn auch sehr grobe, Vereinstypolo-

35 Vgl. Hettling: Politische Bürgerlichkeit (wie Anm. 27), S. 54.

36 Wahlmännerlisten: Saale-Zeitung (SZ), Nr. 246, Beilage, 21.10.1876; Nr. 512, 31.10.1893; Nr. 499, 24.10.1893; Nr. 519, 4.11.1893; Generalanzeiger für Halle und den Saalkreis, Nr. 225, 17.05.1913; Stadtverordnete: Liste in den Adressbüchern für die entsprechenden Stichjahre; Unterstützerlisten von Wahlaufrufen: SZ Nr. 602, 23.12.1911; SZ Nr. 578, 09.12.1911, 5. Beibl.; Nr. 222, 15.05.1913.

37 Ähnliche Strukturen liberaler Vereinstätigkeit weist Hettling für Breslau nach, der zudem die Bedeutung von Unterstützungsvereinen, etwa Konsumvereinen, betont. Vgl. Hettling: Politische Bürgerlichkeit (wie Anm. 27), S. 191 ff.

gie von C. Wayne Gordon und Nicholas Babchuk zugrunde, die zwischen expressiven Vereinen, deren Funktion für die Mitglieder innerhalb ihres Vereins erfüllt wird, und instrumentellen Vereinen, die eher außenorientiert auf gesellschaftlichen Wandel abzielen, unterscheiden, wird ersichtlich, dass Liberale in sehr hohem Maße in letzteren als Vorstände aktiv waren.³⁸

Tab. 2: Tätigkeitsfelder liberaler Vereinsvorstände 1913

Vereinstyp	Von Liberalen besetzte Vorstandsposten
Wirtschaft	85
Soziales	58
Religion	27
Wissenschaft	8
Bildung	15
Kultur	25
Politik	66
Krieger	20
Geselligkeit/Sport/Freizeit	53
Logen	5
Gesamt	362

Die Liberalen übten ihre Vorstandstätigkeit demnach in Vereinen aus, die vor allem außenorientiert und politiknah waren. Die Vorstände bedeutender Vereine waren mitunter in hohem Maße mit liberalen Mitgliedern besetzt. Während über die parteipolitischen Vereine im engeren Sinne, vor allem den „Verein der Liberalen“ und den „Nationalliberalen Verein“, in erster Linie die Durchführung der Landtags- und Reichstagswahlkämpfe organisiert wurde,³⁹ blieben kommunalpolitisch auch am Ende der Kaiserreichszeit die „Kommunalen Wahlbezirksvereine“ maßgeblich, in denen Liberale ebenfalls tonangebend waren. Sie können jedoch nicht einfach als Ableger der liberalen (Partei-)Vereine aufgefasst werden, sondern waren Teil eines umfassenden Vereinsnetzes, in dem sich Liberale platzierten.⁴⁰ Zu diesen Netzwerken

38 C. Wayne Gordon/Nicholas Babchuk: A Typology of Voluntary Associations. In: American Sociological Review 24 (1959), S. 22-29, hier v.a. S. 25-29.

39 Vgl. Nipperdey: Die Organisation der bürgerlichen Parteien vor 1918 (wie Ann. 10), S. 83 ff.

40 Diese Netzwerke wurden von politischen Gegnern mitunter sehr kritisch bewertet, vgl. beispielsweise Richard Robert Rive: Lebenserinnerungen eines deutschen Oberbürgermeisters. Stuttgart 1960, S. 92 ff.

gehörten wichtige wirtschaftliche Vereine der Stadt, in denen die Interessen der Wirtschaftsbürger und des selbständigen Mittelstandes organisiert wurden: unter anderem die Haus- und Grundbesitzervereine, der „Kaufmännische Verein“, der „Hallesche Verein für Getreide- und Produktenhandel“, der „Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holz-Gewerbe, Bezirksverband Halle a.S.“, der „Handwerkermeister-Verein“ oder der „Verband der Metall-Industriellen von Halle a.S. und Umgegend“. In einem Großteil dieser Vereine hatten liberale Wahlmänner den Posten des Vorsitzenden oder des Stellvertretenden Vorsitzenden inne und konnten durch ihre Vorstandstätigkeit unterschiedliche soziale Gruppen erreichen. In den sozialen und wohltätigen Vereinen der Stadt dominierten Liberale unter anderem den Vorstand des „Bürger-Rettungs-Instituts“, den Verein „Hallesche Waisenstiftung“ und den „Verein für Volkswohl“. Dabei konnten durch die gemeinsame Mitgliedschaft in den städtischen Vereinen auch wichtige Kontakte zu Angehörigen der Kommunalverwaltung hergestellt werden, die ebenfalls in das bürgerliche Vereinswesen integriert waren.⁴¹ Auch mit Blick auf die liberalen Vereinsvorstände zeigt sich, dass abseits der lokal ausgerichteten Vereine Verbände insbesondere im Rahmen der überregionalen und nationalen Interessenpolitik und der Zusammenschluss in nationalistischen Großverbänden immer wichtiger wurden – die Vorstandsbeteiligung am „Hansa-Bund“ oder dem „Deutschen Flottenverein“ zeugte davon.⁴²

Mit Blick auf alle im Datensample erfassten Vereinsvorstände war der Anteil derjenigen, die Vorstandsposten in mehreren Vereinen einnahmen, 1913 eher gering. Lediglich 16,4 % aller Vorstände waren in mehr als einem Verein Vorstand. Diese verbanden dabei jedoch in hohem Maße verschiedene Vereinstypen miteinander. Auf 66,8 % traf dies zu. Die Werte für alle liberalen Wahlmänner, Stadtverordneten und Unterstützer von Wahlaufrufen weichen davon deutlich ab. Nicht nur war der Anteil von Liberalen mit mehrfacher Vorstandsmitgliedschaft in Relation zu allen liberalen Vereinsvorständen signifikant höher (35,1 %), sondern ebenso der Anteil der „Vermittler“ verschiedener Segmente des Vereinswesens. 83,5 % aller Liberalen mit mehrfacher Vorstandsmitgliedschaft übten diese in verschiedenen Vereinstypen aus.

In Tabelle 3 ist dargestellt, welche Vereinstypen durch die mehrfache Vorstandstätigkeit von Liberalen miteinander vernetzt wurden. Wenn ein Libera-

41 Vgl. Andrea Hauser: Halle wird Großstadt. Stadtplanung, Großstadtleben und Raum erfahrung in Halle a.d. Saale 1870 bis 1914. Halle 2006, S. 71 u. 77 ff.

42 Zum Hansa-Bund siehe Siegfried Milke: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909-1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik. Göttingen 1976; zu den nationalistischen Verbänden vgl. Axel Grießmer: Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903-1912. Düsseldorf 2000, S. 29 ff. und zum Flottenverein ebd., S. 238-277.

ler beispielsweise Mitglied in einem wirtschaftlichen und einem sozialen Vereinsvorstand war, wurde dies als Kontaktwert erhoben. Hinsichtlich der dadurch ermittelten Kontakthäufigkeiten zwischen Vereinen wird bei Betrachtung der Gesamtzahl der Kontakte, die mit einem bestimmten Vereinstyp realisiert wurden, ersichtlich, dass soziale, wirtschaftliche, gesellige bzw. Freizeitvereine sowie religiöse und kommunalpolitische Vereine die höchsten Werte aufweisen. Die Zahlen für wirtschaftliche und gesellige bzw. Freizeitvereine relativieren sich jedoch dahingehend, dass die Gesamtzahl dieser Vereine im städtischen Vereinswesen die der anderen genannten Vereinstypen bei weitem überstieg.

Tab: 3: Durch liberale Vereinsvorstände hergestellte Kontakte zwischen Vereinstypen 1913

	Wirtschaft	Soziales	Religion	Wissenschaft	Bildung	Kultur	Politik	Krieger	Freizeit	Logen
Wirtschaft	9	21	6	3	2	4	15	4	16	2
Soziales	21	51	27	6	14	1	12	3	32	
Religion	6	27	7	4		2	3	1	7	
Wissenschaft	3	6	4			1			2	
Bildung	2	14			1	2	2	1		
Kultur	4	1	2	1	2			1	2	1
Politik	15	12	3		2		11	1	9	
Krieger	4	3	1		1	1	1		5	
Freizeit	16	32	7	2		2	9	5	6	2
Logen	2					1			2	
Gesamt	82	167	57	16	22	14	53	16	81	5

Die in der Kreuztabelle verzeichneten Daten zeigen, dass die Vorstandstätigkeit von Liberalen in sozialen, wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Vereinen nicht nur, wie erwähnt, Schwerpunkte ihrer Vorstandsarbeit waren, sondern dass diese Vereine durch mehrfache Vorstandsmitgliedschaften auch in hohem Maße miteinander verbunden wurden. Verknüpft wurde die Tätigkeit in sozialen und wirtschaftlichen Vereinen zudem mit einem Engagement in geselligen und Freizeitvereinen und im Falle der sozialen Vereine mit Mitgliedschaften in religiösen Vereinen. Vor allem jedoch die breit gefächerte Beziehungsstruktur in Vereinsfeldern, die eine große Bedeutung für die ge-

sellschaftliche und politische Gestaltung in der Stadt besaßen und „politiknah“ waren, verweist auf die Relevanz von Vereinsnetzwerken für die Organisation des städtischen Liberalismus.

IV. Die Ausbildung politischer Lager in der Kaiserreichszeit

Diese Netzwerke können jedoch nicht nur auf ihre Bedeutung für die Herstellung von Beziehungen zwischen Liberalen und ihrer Anhängerschaft reduziert werden, sie ermöglichen auch Kontakte zum konservativen Bürgertum, während Sozialdemokraten aus diesen Kontaktkreisen ausgeschlossen waren. Hatte es in den 1880er Jahren noch Wahlbündnisse zwischen Linksliberalen und Sozialdemokraten gegeben,⁴³ ist ab 1890 – als die Sozialdemokraten reichsweit große Wahlerfolge feierten und sich auch in Halle das Reichstagsmandat sicherten – eine immer schärfer werdende Polarisierung zwischen einem bürgerlich-nationalen und dem sozialdemokratischen Lager feststellbar, die sich im Wahlverhalten manifestierte. Blieben die Landtagswahlen, bei denen die Sozialdemokraten aufgrund des restriktiven Dreiklassenwahlrechts keine Chancen auf Mandatsgewinne hatten, geprägt von bisweilen polemisch geführten Wahlkämpfen zwischen liberalen und konservativen Parteien, überlagerte die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen divergierende politische Ansichten. Konnte man sich bei der Hauptwahl auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen, wurde spätestens bei der Stichwahl in der Regel ein bürgerlicher Kandidat unterstützt.⁴⁴ Das Bekenntnis zur bestehenden Gesellschaftsordnung und zur Nation diente dabei als ideologischer Rahmen, der das bürgerliche Lager einte. Halle war in dieser Hinsicht kein Einzelfall, vielmehr kann, so argumentiert Karl Rohe, die Ausbildung politischer Lager als reichsweite Entwicklung aufgefasst werden. Nach Rohe ist ein politisches Lager ein historisch gewachsenes kulturelles Konstrukt, das auf geteilten Erinnerungen und Mentalitäten basiert und sich vor allem durch die Abgrenzung gegen andere begründet.⁴⁵ Die Entstehung von drei politischen Lagern (zu den beiden genannten kommt das katholische Lager hinzu, welches in Halle keine Rolle spielte) weist Rohe vor allem anhand des Wahlverhaltens und der Entwicklung des Parteien-

43 Zum Wahlbündnis bei den Reichstagswahlen 1887 siehe die Berichterstattung und die Wahlaufrufe in der SZ Nr. 50, 01.03.1887, 1. Beil.

44 Siehe die Übersicht über Wahlergebnisse und Wahlbündnisse bei Carl-Wilhelm Reibel: Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse, Ergebnisse und Kandidaten. Halbd. 1. Düsseldorf 2007, S. 512-515.

45 Vgl. Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt 1992, v.a. S. 22 ff.

systems der Kaiserrechtszeit nach.⁴⁶ Die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager erschöpfte sich jedoch nicht im Wahlverhalten und einer entsprechenden Wählermobilisierung zu Wahlkampfzeiten, sie hatte auch eine lebensweltliche Entsprechung, die sich mit Blick auf gemeinsame Vereinszugehörigkeiten verdeutlichen lässt.

Mit Blick auf die gesamte Beziehungsstruktur politischer Akteure, die auch als Vereinsvorstände tätig waren, ist festzustellen, dass 1913 in 42 Vereinen ausschließlich liberale und in zehn Vereinen ausschließlich konservative Parteigänger zu finden sind. In 49 Vereinen bestanden demgegenüber Kontakte zwischen Liberalen und Konservativen. Die Sozialdemokraten blieben dagegen in 19 Vereinen „unter sich“. Insbesondere die wirtschaftlichen und berufsständischen Vereinigungen waren eher durch eine getrennte Parteizugehörigkeit der politisch Aktiven gekennzeichnet. So waren in zwölf Vereinen nur Liberale gemeinsam in einem Vorstand, in zwei Vereinen nur Konservative und wiederum in zwölf Organisationen, den Gewerkschaften, nur Sozialdemokraten. In neun Vereinen waren Liberale und Konservative aktiv, beispielsweise im „Eisenbahn-Verein“ oder im „Verein der Kolonialwarenhändler“.

Gemeinsames Vereinsengagement vollzog sich vor allem in sozialen und wohltätigen sowie geselligen und Freizeitvereinen. Der soziale Vereinsbereich führte daher nicht nur in hohem Maße die Angehörigen der Gruppen des höheren und Teile des mittleren Bürgertums zusammen, sondern ebenfalls die Anhängerschaften der unterschiedlichen bürgerlichen Parteien und Parteibündnisse. Insbesondere in traditionsreichen Organisationen wie dem „Bürger-Rettungs-Institut“, dem „Halleschen Verschönerungsverein“, dem „Verein für Volkswohl“, der „Halleschen Waisenhausstiftung“ und dem „Verein gegen Armmennot und Bettelei“ nahmen Liberale wie Konservative zentrale Positionen ein. Durch diese Funktionen in den bekanntesten wohltätigen Vereinen der Stadt konnten sie nicht nur ihr soziales Verantwortungsgefühl für die städtische Gesellschaft ausdrücken sowie ihre Reputation im bürgerlichen Lager steigern, sondern auch wichtige Kontakte untereinander knüpfen. In den religiös-protestantischen Vereinen zeigte sich ein ähnliches Bild. Auch in acht Kriegervereinen stellten Liberale und Konservative gemeinsam den Vorstand. Mitunter boten sich schließlich ebenso in geselligen und Freizeitvereinen vielfältige Möglichkeiten für eine gemeinsame Vorstandstätigkeit: In der „Berg-Gesellschaft“, der „Halleschen Turnerschaft“, im „Halleschen Eis-Klub“, im „Halleschen Reiter-Verein“ oder in der

46 Vgl. ebd., S. 92-121.

„Stadtschützen-Gesellschaft“ leiteten Liberale und Konservative 1913 die Organisation.⁴⁷

Sozialdemokraten waren nicht nur aus diesen Beziehungsnetzen ausgeschlossen, sie organisierten sich auch – wie abschließend hervorgehoben werden soll – in einem separierten Milieu, das markante Unterschiede zur vereinsbasierten bürgerlich-liberalen Politikorganisation offenbarte. Das sozialdemokratische Milieu ist oftmals als das klassische „sozialmoralische Milieu“ (Rainer M. Lepsius), das seine Anhänger von der „Wiege bis zur Bahre“ organisierte, vorgestellt worden.⁴⁸ Für die Kaiserreichszeit erscheint dies zumindest fraglich: Erstens ist ein dichtes sozialdemokratisches Vereinsnetz auch mit Blick auf die sogenannten „Vorfeldorganisationen“ der Arbeiterkultur- und -sportbewegung kaum auszumachen. Zwar finden sich einige ihrer Ableger wie der „Arbeiter-Sängerbund“ oder der „Arbeiter-Radfahrer-Verein Solidarität“ auch in den Halleschen Adressbüchern, aber die Breite des Angebots an Aktivitäten, die das bürgerliche Vereinswesen offerierte, wurde nicht erreicht. Zweitens schien der Fokus und die Motivation von Vereinsarbeit bei vielen Arbeitern eher auf konkreten materiellen Interessen – und dementsprechend auf der Organisation in Gewerkschaften und Konsumvereinen – zu liegen.⁴⁹ Drittens trug die Sozialdemokratische Partei immer noch Züge des „allgemeinen Vereins“, der anderweitige Organisationsbestrebungen absorbierte und zur politischen Auseinandersetzung einen Parteiapparat mit Funktionären aufbaute.⁵⁰ Während von Seiten der Partei abseitige Vereinsgründungen ihrer Anhänger mitunter eher missbilligt als gefördert

47 Vgl. zur Bedeutung der städtischen Vereine für den Zusammenhalt des bürgerlich-nationalen Lagers auch Jürgen Schmidt: Begrenzte Spielräume. Eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts 1870-1914. Göttingen 2005, S. 280 f.; Schäfer: Bürgertum in der Krise (wie Anm. 12), S. 72 f.

48 Vgl. Rainer M. Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966). In: ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 25-50. Die Interpretation der Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist kontrovers diskutiert worden. Siehe Peter Löschke/Franz Walter: Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt? In: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 511-536 u. Hartmann Wunderer: Noch einmal: Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt? In: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992), S. 88-93.

49 So auch Jürgen Schmidt: Begrenzte Spielräume (wie Anm. 47), S. 128.

50 Zur Entwicklung der SPD in Halle vgl. die Dokumentation der eigenen Parteigeschichte in Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Halle (Hrsg.): Durch Kampf zum Sieg. Jubiläumsschrift der Sozialdemokratischen Partei in Halle und dem Saalkreis (1889-1914). Halle 1914. Um Geselligkeitsbedürfnisse zu befriedigen, wurden beispielsweise im neu errichteten „Volkspark“ dazu entsprechende Räumlichkeiten geschaffen. Siehe Tobias Kügler: Der Volkspark – Kultur, Geselligkeit, Politik. In: Werner Freitag (Hrsg.): Geschichte der Stadt Halle. Bd. 2: Halle im 19. und 20. Jahrhundert. Halle 2006, S. 224-236.

wurden,⁵¹ fungierte sie selbst als Kristallisierungskern eines Milieus ohne weitverzweigtes Vereinsnetz.

Insbesondere der städtische Liberalismus war demgegenüber durch ein VernetzungsmodeLL gekennzeichnet, das maßgeblich bestimmt war durch das Ideal des selbständigen Bürgers, der in einem Geflecht vielfältiger Vereine agierte und oftmals in einem, mitunter sogar in mehreren Vereine leitend aktiv war.

V. Schluss

Über die Existenz und Beschaffenheit einer Nation sagte Ernest Renan einmal: „Das Dasein einer Nation ist – erlauben Sie mir dieses Bild – ein täglicher Plebisitz, wie das Dasein des einzelnen eine andauernde Behauptung des Lebens ist.“⁵² Renan drückte damit aus, dass eine Nation als Solidargemeinschaft nicht nur aus gemeinsamer Vergangenheit mit geteilten Erinnerungen besteht, sondern zugleich auf der gegenwärtigen Übereinkunft, weiter zusammenzuleben und die geteilten kulturellen Traditionen und Wahrnehmungen zu bewahren. Dies kann auch auf die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft im Kaiserreich bezogen werden. Die Entscheidung, gestaltend mitzuwirken, Traditionen zu pflegen, aber auch neue Entwicklungen zu prägen, drückte sich durch die Teilhabe an ihrem wichtigsten Organisationsinstrument, dem Vereinswesen, aus. Das tägliche Plebisitz vollzog sich nicht nur in Abstimmungen und der Koordination der Vereinstätigkeit, sondern auch durch die Bereitschaft, überhaupt an Belangen der Öffentlichkeit zu partizipieren.

Die Untersuchung der Vereinsstrukturen einer deutschen Großstadt hat verdeutlicht, in welch hohem Maße das städtische Vereinswesen, trotz der bereits vor der Kaiserreichszeit einsetzenden sozialen Öffnung der Mitgliedschaften sowie der funktionalen Ausdifferenzierung des Vereinswesens, vom Bürgertum der Stadt geprägt war. Eine differenziertere Bewertung des politischen Vergesellschaftungsmodells der Liberalen wird möglich, wenn man als Kriterium und Referenzgröße nicht ein modernes Parteiverständnis, welches uns heute geradezu selbstverständlich als Maßstab von Politikorganisation gilt, zugrunde legt, sondern danach fragt, wie sich das liberale Bürgertum an die veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Kaiserreichs anpasste. Die Stärke der liberalen Vernetzung insbesondere in

- 51 Zum lange distanzierten Verhältnis der SPD zur Arbeiterkulturbewegung siehe nur Ritter/Tenfelde: Arbeiter (wie Anm. 24), S. 821 ff.
- 52 Ernest Renan: Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882. In: Michael Jeismann/Henning Ritter (Hrsg.): Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus. Leipzig 1993, S. 290-311, hier S. 309.

wirtschaftlichen, sozialen und kommunalpolitischen Vereinen und einer – wenn auch geringer ausgeprägten – Betätigung in wissenschaftlichen, kulturellen oder geselligen und Freizeitvereinen lag einerseits in der Möglichkeit, verschiedene Interessen und Ideale über Mehrfachmitgliedschaften zu kombinieren. Dies entsprach offenbar der überkommenen Vorstellung von Bürgerlichkeit, sowohl partikulare Interessen als auch Vorstellungen von Gemeinwohl selbstorganisiert zu verfolgen, sowie der Auffassung der eigenen Rolle als selbstbestimmtes Individuum, das nicht Rezipient oder Konsument von Leistungen und Entscheidungen ist, sondern selbstständig und gestaltend versucht, die städtische Gesellschaft zu steuern. Kern dieses Honoratiorenmodells war es daher andererseits, sich gerade in politiknahen, außenorientierten Vereinen zu engagieren und hier Kommunikations- und Informationskanäle zu etablieren. Es kann zudem vermutet werden, dass die Mobilisierung der eigenen Klientel bei Landtags- und Reichstagswahlen nicht nur durch die situative Logik von Wahlkämpfen und einer intensivierten Agitation gewährleistet wurde, sondern dass die im vielgliedrigen Vereinswesen hergestellten Kontakte ermöglichten, die eigenen Anhänger zu erreichen. Dass auch Beziehungen zwischen Liberalen unterschiedlicher Couleur und Konservativen geknüpft wurden, belegt die Ausprägung eines bürgerlich-nationalen Lagers in der städtischen Lebenswelt. Waren die Unterschichten weitgehend von den bürgerlich-liberalen Vorstandsnetworken ausgeschlossen, so gilt dies insbesondere für die politische Arbeiterbewegung der Stadt.

Diese Ausschließung verweist auf die Grenzen der Vereinsnetzwerke als Integrationsmodell. War es den Honoratioren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch gelungen, im überschaubaren städtischen Raum divergierende Interessen zu vermitteln, zeigt die immense Interessenpluralität, die sich vor allem in der Vielzahl der Gründungen von wirtschaftlichen Vereinen und Verbänden widerspiegelte, dass diese durch auf Mehrfachmitgliedschaften basierende Vernetzung im Vereinswesen kaum noch eingebunden werden konnten. Als einigende Klammer des städtischen Bürgertums fungierte im ausgehenden 19. Jahrhundert dagegen zunehmend ein gesteigerter Nationalismus, der sich auch durch die Gründung entsprechender Vereine und Verbände ausdrückte.⁵³

Die hier dargelegten Stärken und Grenzen der bürgerlich-liberalen Politikorganisation über Vereinsnetzwerke sind bisher kaum systematisch erforscht worden, obwohl sie eine Perspektive auf den städtischen Liberalismus der Kaiserreichszeit ermöglichen, der diesen angemessener erfasst als

53 Bürgerlichkeit als politische Leitidee trat damit immer stärker in Konkurrenz zur Leitidee der Nation, deren Einheit völkisch begründet wurde, vgl. dazu Manfred Hettling: „Bürgerlichkeit“ und Zivilgesellschaft. Die Aktualität einer Tradition. In: Ralph Jessen/Sven Reichardt/Ansgar Klein (Hrsg.): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2004, S. 45–63, hier S. 56.

einseitige Narrative von Krise und Niedergang. Abschließend seien drei Punkte hervorgehoben:

Die Entwicklung des städtischen Vereinswesens in der Kaiserrechtszeit ist, erstens, nach wie vor als Forschungsdesiderat anzusehen. Zwar liegen zahlreiche Studien zu einzelnen Vereinen, Verbänden oder spezifischen Teilen des Vereinswesens und zudem Arbeiten vor, die die transnationale Dimension der Vergesellschaftung im Verein betonen oder vergleichend arbeiten. Untersuchungen der sozialen und politischen Vernetzung im Vereinswesen der Großstadt, die alle Vereine berücksichtigen, sind jedoch bisher Mangelware geblieben.⁵⁴

Im vorliegenden Beitrag wurde, zweitens, der Gebrauch des Begriffs „Netzwerk“ allgemein auf die Verbindung von mehreren Menschen in Vereinen bezogen. Mit der Sozialen Netzwerkanalyse ist seit einigen Jahren eine Methode in die Geschichtswissenschaften eingeführt worden, mit deren Hilfe Netzwerke auch netzwerkanalytisch untersucht und ausgewertet werden können.⁵⁵ Auf Vereinsnetzwerke ist diese Methode bisher jedoch kaum bezogen worden. Will man die Entwicklung liberaler Netzwerke untersuchen, bietet die Soziale Netzwerkanalyse einen geeigneten Zugriff, um über statistische Beschreibungen und Visualisierungen diese Beziehungsnetze sichtbar zu machen.

Drittens schließlich ist die Bedeutung von Beziehungen und Netzwerken im Vereinswesen nicht erschöpfend mit einem Blick auf Strukturen zu beschreiben. Die im Beitrag aufgezeigten Beziehungsmuster haben Gestaltungs- und Handlungsräume der Liberalen in der Stadt und darüber generierte Kommunikations-, Informations- und Einflussmöglichkeiten verdeutlicht. Wie diese Potentiale indes genutzt wurden, bedarf einer eingehenderen Untersuchung, indem beispielsweise nach der Bedeutung von Vereinsnetzwerken bei der Realisierung städtischer Projekte, bei der Lösung sozialer Probleme und in Wahlkämpfen gefragt wird.⁵⁶ Der Fokus auf liberale Politik-

54 Vgl. Anm. 16.

55 Siehe Marten Düring/Ulrich Eumann: Historische Netzwerkforschung. Ein neuer Ansatz in den Geschichtswissenschaften. In: Geschichte und Gesellschaft 39 (2013), S. 369-390; Markus Gamper/Marten Düring/Linda Reschke (Hrsg.): Knoten und Kanten III. Soziale Netzwerkanalyse in Geschichts- und Politikforschung. Bielefeld 2015 und Carola Lipp: Struktur, Interaktion, räumliche Muster. Netzwerkanalyse als analytische Methode und Darstellungsmittel sozialer Komplexität. In: Silke Götsch/Christel Köhle-Hezinger (Hrsg.): Komplexe Welt. Kulturelle Ordnungssysteme als Orientierung. Verhandlungen des 33. DGV-Kongress Jena 2001. Münster 2003, S. 49-63.

56 Ralf Roth: Verein und bürgerliche Gesellschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Thomas Nipperdeys Thesen zur Vereinsbewegung. In: Plumpe/Lescenski (Hrsg.): Bürgerstum und Bürgerlichkeit (wie Anm. 4), S. 121-135, hier S. 132 ff. In Halle beispielsweise nahm ein Netzwerk von Frauenvereinen erheblichen Einfluss bei der Lösung der „Wohnungsfrage“ und wirkte auf die Kommunalverwaltung ein, vgl. Hauser: Halle wird Großstadt (wie Anm. 41), S. 150 ff.

netzwerke muss zudem die vielfältigen Kontakte zur entstehenden kommunalen Leistungsverwaltung in den Blick nehmen.⁵⁷ Zudem gilt es zu fragen, wie sich die Strukturen des und das Handeln im Netzwerk in längeren Zeitabschnitten, über Strukturbrüche wie den Ersten Weltkrieg hinausgehend, veränderten.

⁵⁷ Vgl. Jan Palmowski: *Urban Liberalism in Imperial Germany*. Frankfurt am Main 1866-1914. Oxford 1999, S. 226 ff.; Ralf Roth: Verflechtungen von Vereins- und Verwaltungstätigkeit als Form kommunaler Selbstregulierung. In: Peter Collin/Gerd Bender/Stefan Ruppert/Margrit Seckelmann/Michael Stolleis (Hrsg.): *Selbstregulierung im 19. Jahrhundert. Zwischen Autonomie und staatlichen Steuerungsansprüchen*. Frankfurt a. M. 2011, S. 293-309, hier S. 302-309.

